

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 24.11.2016
(10. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Parkraumbewirtschaftung am Hoterheideweg westlich der Bahnlinie in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB5/0029/2016	5
3 Aufhebung der Parkscheibenregelung auf der Römerstraße und Umwandlung in ein absolutes Halteverbot Vorlage: FB5/0524/2016	6
4 Erstellung eines Wirtschaftswegekonzeptes - Antrag CDU / Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.11.2014 Vorlage: FB5/0527/2016	7
5 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben nach dem Elektronikgesetz an den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: FB1/0525/2016	8
6 Haushaltsentwurf 2017 sowie Finanzplanung 2018 bis 2020	8
7 Anträge	27
8 Anfragen	28
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	28
10 Termin der nächsten Sitzung 01. Februar 2017	28
11 Verschiedenes	28
11.1 Markierung von Parkplätzen auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz	28
11.2 Markierung von Radwegen	28
11.3 Carsharing	29
11.4 LKW-Verkehr auf dem Laacher Weg	29
11.5 Dialog-Display auf dem Laacher Weg	29

11.6	30er-Zone auf der Kanzlei	29
11.7	Straßenreinigung im Bereich Ostara	30
11.8	Bauzäune an der Löwenburg	30
11.9	Bauruine an der Hochstraße	30
11.10	Verkehrssituation in Osterath	30
11.11	Bischofsmützen im Bereich Xantener Straße, Ecke Osterather Straße	31
11.12	Zustand der Fahrbahn auf der Meerbuscher Straße zwischen Osterath und Büderich	31
11.13	Verunreinigung des Radweges an der Willicher Straße	31

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

anwesend ab 17:10 Uhr, TOP 3

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Marcel Müller

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

anwesend bis 19:30 Uhr

Frau Sylvia Minten Sachkundige Bürgerin

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Detlev Horn Dezernat III

Frau Lea Terstegge Service Finanzen

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

Herr Heiner Tümmers Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Der Vorsitzende, Ratsherr Jürgens, stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verweist auf die Tischvorlage zu TOP 4 – Erstellung eines Wirtschaftswegekonzeptes.

Anmerkung der Schriftführerin: Bei der Erstellung der Einladung zur heutigen Sitzung war die Beschlussvorlage noch nicht fertiggestellt und wurde deshalb nachträglich in Session eingestellt und versendet.

Er verweist auf die Fraktionsanträge als Tischvorlagen zu TOP 6 – Haushaltsberatung. Die Fraktionsanträge sind sortiert nach der Reihenfolge der vom Bau- und Umweltausschuss zu behandelnden Produkte. Der Ablauf der heutigen Beratungen sollte dies zur besseren Übersicht berücksichtigen. Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder alle Anträge, auch die schriftlich vorliegenden, mündlich zu stellen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Parkraumbewirtschaftung am Hoterheideweg westlich der Bahnlinie in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB5/0029/2016

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Hoterheideweg von Hausnr. 19 bis zum Ende der Sackgasse (Kirche) in eine Parkraumbewirtschaftungszone (Verkehrszeichen 314.1-40 „Beginn und Ende der Parkraumbewirtschaftungszone“) für 2 Stunden mit Parkscheibe (Zusatzzeichen 1040-32) auszuschildern.

Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Bau- und Umweltausschuss beschlossene Änderung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	14	1	1

Die Abstimmung erfolgt ohne Aussprache.

3 Aufhebung der Parkscheibenregelung auf der Römerstraße und Umwandlung in ein absolutes Halteverbot
Vorlage: FB5/0524/2016

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, auf der Römerstraße zwischen der Hausnummer 8 und 12 die derzeitigen Verkehrszeichen 314-10 und 314-20 (Parken Anfang und Ende) sowie die Zusatzzeichen 1040-32 (Parkscheibe 1 Stunde) der Straßenverkehrsordnung zu entfernen und gleichzeitig in dem Bereich das Parken zu untersagen durch absolutes Halteverbot (Verkehrszeichen 283-10 und 283-20 der Straßenverkehrsordnung). Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossene Änderung des Bau- und Umweltausschuss umzusetzen.

Der Beschlussvorschlag erübrigt sich durch die anschließende Diskussion im Ausschuss.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, auf der Römerstraße zwischen der Hausnummer 8 und der Einmündung der Von-Bodelschwingh-Straße die derzeitigen Verkehrszeichen 314-10 und 314-20 (Parken Anfang und Ende) sowie die Zusatzzeichen 1040-32 (Parkscheibe 1 Stunde) der Straßenverkehrsordnung zu entfernen und gleichzeitig in dem Bereich das Parken zu untersagen durch absolutes Halteverbot (Verkehrszeichen 283-10 und 283-20 der Straßenverkehrsordnung). Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossene Änderung des Bau- und Umweltausschuss umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen			2
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	13	1	3

Ratsherr Meffert schlägt vor, das Parkverbot bis zur Einmündung der Von-Bodelschwingh-Straße auszudehnen. Sachkundiger Bürger Heppner weist darauf hin, dass durch ein absolutes Halteverbot möglicherweise die Existenz eines Zeitungskiosks, der sich dort befindet, gefährdet sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Rheinbahn schon mehrfach darum gebeten habe, die Parkregelung an dieser Stelle aufzugeben, damit die Wartezeiten im Busverkehr reduziert werden.

Sachkundige Bürger Heppner und Weyen geben zu bedenken, dass der Einzelhandel am Deutschen Eck und der Imbiss und der Kiosk an der Römerstraßen Einbußen zu verzeichnen haben könnten, wenn Parkmöglichkeiten entfallen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass es in der Umgebung ausreichend andere Parkmöglichkeiten gebe.

Ratsfrau Pricken erklärt, dass dieser Bereich Schulweg sei, auf dem es derzeit häufig zu gefährlichen Situationen für Fußgänger und Radfahrer komme. Durch ein absolutes Halteverbot könne dieses Problem deutlich entschärft werden.

Die CDU-Fraktion beantragt, den Beschlusstext wie o.a. zu ändern.

4 Erstellung eines Wirtschaftswegekonzeptes - Antrag CDU / Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.11.2014
Vorlage: FB5/0527/2016

Beschluss:

1. Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Sperrvermerk in Höhe von 15.000 € beim Produkt 130.551.010, PSP-Element 52420000 für die Erstellung eines extern zu beauftragenden Wirtschaftswegekonzeptes aufzuheben.
2. Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung anhand der im Sachverhalt näher erläuterten Kriterien und Randbedingungen Nr. 1 bis 5, eine anteilig externe Vergabe zur Erstellung eines städtischen Wirtschaftswegekonzeptes durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		1
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	11	5	1

Ratsherr Meffert führt aus, dass es sinnvoll sei, zunächst Ziele für die Nutzung und den Ausbau der Wirtschaftswege zu definieren. Er ist der Meinung, dass die Erhebung von Ausbaubeiträgen zu weit gehe und beantragt, den Punkt 6 im Sachverhalt des Beschlussvorschlags zu streichen.

Ratsherr Hoppe berichtet über die Historie der Wirtschaftswege. Er erklärt, dass diese ursprünglich dazu dienten, den Landwirten Zuwege zur ihren Parzellen zu bieten. Im Zuge der zunehmenden Freizeitnutzung der Wirtschaftswege stellten die Landwirte Grund und Boden kostenfrei zur Verfügung. Seitdem obliege die Unterhaltung der Verwaltung. Inzwischen seien mancherorts die Wirtschaftswege für die landwirtschaftliche Nutzung schon zu gut ausgebaut.

Ratsfrau Niegeloh vertritt den Standpunkt, dass die derzeitige Qualität der Wirtschaftswege erhalten bleiben soll, um die Attraktivität des Umlandes zu erhalten.

Ratsfrau Neukirchen erklärt, dass es nicht um die Erhaltung des Status quo ginge, sondern darum, ein Konzept zu entwickeln, das den Bedarf berücksichtigt.

Ratsherr Meffert führt aus, dass sich die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen darüber einig sind, dass am derzeitigen Bestand des Wirtschaftswegenetzes festgehalten werden solle. Es solle eine Zielsetzung erfolgen, also festgelegt werden, welchem Zweck die Wege dienen sollen und dementsprechend die Instandhaltung bzw. den Ausbau planen.

Ratsherr Gabernig spricht sich gegen die Streichung des Punktes 6 des Sachverhaltes der Beschlussvorlage aus. Die Frage einer möglichen Finanzierung solle nicht außer Acht gelassen werden.

Auf die Frage von Ratsherrn Banse, ob eine gutachterliche Bewertung der Wirtschaftswege momentan nötig sei, antwortet Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass die Verwaltung zu wenig Personal habe, um selbst ein Wirtschaftswegekonzept zu erstellen.

Ratsherr F.J. Jürgens formuliert für die CDU-Fraktion den Antrag, den Beschlussantrag der Verwaltung insofern zu ändern, als das der Punkt 6 im Sachverhalt der Beschlussvorlage gestrichen werde.

5 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben nach dem Elektronikgesetz an den Rhein-Kreis Neuss **Vorlage: FB1/0525/2016**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung (Anlage 1) zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben nach dem Elektronikgesetz erneut abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Sachkundiger Bürger Behlen erkundigt sich danach, ob zukünftig die Entsorgung von Elektrogeräten am Baubetriebshof nicht mehr möglich sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass diese Möglichkeit weiterhin bestehe, allerdings die Kapazität nicht ausreiche, auch größere Geräte anzunehmen. Diese müssen an der Deponie abgeliefert werden.

6 Haushaltsentwurf 2017 sowie Finanzplanung 2018 bis 2020

Zur Beratung liegen dem Bau- und Umweltausschuss vor:

- der Entwurf des Haushaltes 2017 sowie die Finanzplanung 2018 bis 2020,
- als Tischvorlagen:
 - gemeinsame Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 - Anträge der SPD-Fraktion,
 - Anträge der FDP-Fraktion,
 - Anträge der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch /die Aktiven,
 - Anträge der UWG-Fraktion.

Die Fraktionsanträge wurden zwecks besserer Übersicht für die heutige Sitzung als Tischvorlage nach der Reihenfolge innerhalb der Haushaltsprodukte entsprechend dem Entwurf des Haushaltes geordnet.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Fraktionsanträge nach Produkten und eine Veränderungsliste mit Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse sind als Anlagen erkennbar.

Während der anschließenden Beratungen ruft der Vorsitzende die Fraktionsanträge entsprechend der Produktfolge auf und bittet die Fraktionen ihre Anträge mündlich vorzutragen.

Dez III - Umwelt und Klimaschutz

Produkt 110.537.010 – Abfallentsorgung, Seiten 496 - 500

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7.110 010 01 7831 0000 – Unterirdische Papierkörbe / Wertstoffcontainer – (Seite 498) von 45.000 € um 135.000 € auf 180.000 € zu erhöhen. Die Finanzplanung 2018 wird von 5.000 € um 175.000 € auf 180.000 € erhöht.

Folgende Neuanlagen sollen errichtet werden:

Lank-Latum: Hauptstraße / Schulstraße, Gonellastraße (Kaisers), Strümp: Josef-Kohtes-Straße (Edeka)

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	12	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh begründet den Antrag der SPD-Fraktion damit, dass die unterirdischen Wertstoffcontainer wesentlich zu einem besseren Stadtbild beitragen, da die Standorte häufig weniger verschmutzt seien als bei den überirdischen Containern. Da es keine Prioritätenliste zum Errichten von neuen unterirdischen Containern gebe, seien im Antrag der SPD-Fraktion Standorte genannt, die besonders verschmutzt seien und sich in zentralen Lagen befänden.

Ratsherren Meffert und F.J. Jürgens und sachkundiger Bürger Behlen sind der Meinung, dass die derzeitige Haushaltslage es nicht zulasse, den beantragten Betrag zusätzlich einzustellen. Es sei sinnvoll, zunächst ein Konzept zu erstellen.

Beschlussantrag der Fraktion die Aktiven/Aktive Bürger Meerbusch vom 17.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Ansatz bei dem Konto 7.110 010 01 7831 0000 – Unterirdische und Papierkörbe / Wertstoffcontainer – (Seite 498) von 45.000 € um 45.000 € auf 90.000 € zu erhöhen.

Nach der Neuformulierung eines Antrages zur Erstellung eines Konzepts zur Errichtung unterirdischer Wertstoffcontainer wird der Antrag zurückgezogen

Die CDU-Fraktion stellt den folgenden Beschlussantrag.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zur Errichtung unterirdischer Wertstoffcontainer und eine Prioritätenliste zu erstellen und beides dem Bau- und Umweltausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	14	2	1

Produkt 110.537.020 – DSD Duales System Deutschland, Seiten 501 - 502

Zu diesem Produkt erfolgen keine Wortmeldungen

Produkt 140.561.010 - Umweltschutz, Seiten 635 – 639**Beschlussantrag der UWG Fraktion vom 24.11.2016:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 635) den Ansatz von 147.000 € um 10.000 € auf 157.000 € zu erhöhen. Es sollen Messstellen zur Messung von Feinstaub- und Stickoxidbelastung an der Meerbuscher Straße errichtet werden.

Ratsherr Weyen begründet den Antrag der UWG-Fraktion.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass die Bezirksregierung zuständig sei. Er sagt zu, dass die Verwaltung bei der Bezirksregierung anregt, an der Meerbuscher Straße eine Messstelle zu installieren. Daraufhin zieht Ratsherr Weyen den Antrag zurück.

Vorschlag der Verwaltung

Beschluss:

Der Bau – und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 635) den Ansatz von 147.000 € um 3.000 € auf 150.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Herr Horn erläutert, für den im Februar erwarteten Erörterungstermin zum Antrag des Flughafens Düsseldorf sei es sinnvoll, sich wiederum gutachterlicher Unterstützung zu versichern. Die Verwaltung empfehle, anteilige Mittel von ca. 3.000 € für einen gemeinsamen Auftrag der Anrainerstädte einzustellen.

Fachbereich 5 – Straßen und Kanäle

Produkt 110.538.010 - Stadtentwässerung, Seiten 507 - 527

Beschlussantrag der UWG-Fraktion vom 24.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt,

1. bei dem Konto 7 110 022 13 - Erschließung Auf dem Kamp (B-Plan 281) ABK – (Seite 512) die Finanzplanung 2018 von 445.000 € auf 0 € reduzieren.
2. bei dem Konto 7 110 022 18 – Kanalnetzerweiterung und Erschließung Auf dem Kamp (B-P281) – (Seite 512) die Finanzplanung 2018 von 100.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Weyen erläutert die Anträge der UWG-Fraktion. Der B-Plan 281 sei nichtig und aus diesem Grunde seien diesbezügliche Haushaltsmittel zu streichen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass der B-Plan sich im Heilungsverfahren befinde und im 1. Halbjahr 2018 die neue Planung vorgestellt werde. Es sei davon auszugehen, dass diese Planung umsetzbar sein werde.

Produkt 120.541.010 - Straßen, Wege, Plätze, Seiten 535 – 555

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2016

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5216 0000 – Instandsetzung Infrastrukturvermögen – (Seite 535) den Ansatz von 676.000 € um 67.600 € auf 608.400 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Neukirchen führt aus, dass der Ansatz aufgrund erforderlicher Maßnahmen im Bereich Klimaschutz – Radwegekonzept – zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung gekürzt werden soll. Es sollen alle Maßnahmen durchgeführt werden und dabei 67.600 € eingespart werden.

Ratsfrau Niegeloh sieht diesen und die beiden anderen Anträge zum Radwegekonzept als Vorgriff auf das noch nicht vorliegende Radwegekonzept. Deshalb könne sie den beiden folgenden Anträgen nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass die Ansätze mit Sperrvermerken versehen und die Einzelmaßnahmen von Bau- und Umweltausschuss beschlossen werden.

Ratsherr Meffert erklärt, dass die Pauschalkürzung des Ansatzes zusammen mit den zu erwartenden Zuschüssen der Finanzierung dienen sollen.

Ratsherr Banse fragt, in welcher Höhe Zuschüsse zu erwarten seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass es verschiedene Förderprogramme gebe, aus denen Zuschüsse beantragt werden können. Genaue Angaben könne er derzeit dazu nicht machen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass der Arbeitskreis Radverkehr zusammen mit einem Büro in Hannover ein Radwegekonzept erarbeitet, das dem Bau- und Umweltausschuss voraussichtlich in der 1. Jahreshälfte 2017 vorgestellt werde. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die Förderanträge für die im Konzept enthaltenen Maßnahmen gestellt.

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2016:

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen – (Seite 535) den Ansatz von 30.000 € um 90.000 € auf 120.000 € zu erhöhen.

1. Für Radwegemarkierungen und Symbole auf innerörtlichen Straßen wird ein zusätzlicher Betrag von **70.000 €** zur Durchführung von Maßnahmen aus dem Radwegekonzept eingesetzt.
2. Zum Abbau von Umlaufschranken und Pollern wird ein Betrag von **20.000 €** eingesetzt.

Die Ansätze werden mit einem Sperrvermerk versehen, der nach einem Beschluss des Bau- und Umweltausschusses aufgehoben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2016

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 120 010 09 7852 1000 - Sanierung von Radwegen – (Seite 538) die VE 2017 von 0 € auf 670.000 € zu erhöhen und die Finanzplanung 2018 von 100.000 € um 670.000 € auf 770.000 € zu erhöhen. Die Ansätze werden mit einem Sperrvermerk versehen, der nach einem Beschluss des Bau- und Umweltausschusses aufgehoben werden kann.

1. Es wird ein zusätzlicher Betrag von 450.000 € zur Durchführung von Maßnahmen aus dem Radwegekonzept eingesetzt.
2. Zur Umsetzung innerörtlicher Wegweisungen wird ein Betrag von 20.000 € eingesetzt.
3. Zur Erstellung einer angemessenen Radwegeverbindung zwischen der Buschstraße und der Forststraße ist ein Betrag von 200.000 € einzusetzen.
4. Bei dem Konto 7 120 010 09 68xx xxxx wird die Finanzplanung 2018 von 0 € auf 469.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr F.J. Jürgens erklärt, dass die im Antrag enthaltenen Beträge, die Finanzierung für die Folgejahre sicherstellen sollen.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich danach, ob für 2017 Fördermittel beantragt worden seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass zwar Anträge gestellt worden seien, die jedoch abgelehnt worden seien. Im Jahre 2017 werden ebenfalls Anträge gestellt, die jedoch erst 2018 zur Auszahlung kommen.

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neu einzurichtenden Konto 120 541 010 xxxx- Sanierung von Radwegen – (Seite 538) den Ansatz von 0 € auf 65.000 € zu erhöhen.

Als neue Sanierungsmaßnahmen werden die Radwege Uerdinger Straße (Gonellastraße bis Claudiusstraße) und Willicher Straße (Westring bis Kreisverkehr) aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG			
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1	1	
Gesamt:	4	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Ratsherr Meffert spricht sich dafür aus, dass das Radwegekonzept abgewartet werde und nicht vorher Einzelmaßnahmen beschlossen werden. Man könne die Radwegekommission auf die schlechten Zustände der im Antrag erwähnten Radwege aufmerksam machen und auf diese Art und Weise eine Berücksichtigung im Radwegekonzept bewirken.

Technischer Beigeordneter Assenmacher schlägt vor, diese Maßnahmen im Haushalt 2017 als zusätzliche Maßnahmen auszuweisen und aus vorhandenen Mitteln zu finanzieren.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens erteilt Herrn Weigand (Vorsitzender des Arbeitskreises Radverkehr) das Wort. Herr Weigand spricht sich dafür aus, dem Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Büro die Erstellung des Radwegekonzeptes und einer Prioritätenliste zu überlassen. Ratsherr Banse erklärt, dass er nach Fertigstellung des Konzeptes eine Vorstellung im Bau- und Umweltausschuss erwarte.

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2016**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 011 020 – Budericher Allee (Moserer Straße – Brühler Weg) – (Seite 540)

- den Ansatz 2017 von 100.000 € auf 0 € zu reduzieren, und die VE 2017 von 325.000 € auf 0 € zu reduzieren,
- die Finanzplanung 2018 von 325.000 € um 225.000 € auf 100.000 € zu reduzieren
- und die Finanzplanung 2019 von 0 € auf 325.000 € zu erhöhen.

Bei dem Konto 7 120 011 44 – Auf der Gasse (B-Plan 239) – (Seite 541) wird der Ansatz 2017 von 100.000 € um 65.000 € auf 35.000 € reduziert und die VE 2017 von 280.000 € um 65.000 € auf 345.000 € erhöht. Die Finanzplanung 2018 wird von 280.000 € um 65.000 € auf 345.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Meffert trägt den Antrag vor.

Herr Unzeitig macht den Vorschlag, die Baumaßnahme Bübericher Allee nicht zu streichen, sondern um ein Jahr zu verschieben. Die Kürzung des Ansatzes um 65.000 € könne durch die Verschiebung dieses Betrages in die VE 2017 bei der Maßnahme Auf der Gasse erreicht werden.

Herr Meffert erklärt sich für die CDU-Fraktion damit einverstanden. Ausschussvorsitzender Ratsherr Jürgens lässt über den geänderten Antrag abstimmen.

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen:

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt,

- bei dem Konto 7.120 010 14 7831 0000– Erwerb von beweglichem Vermögen > 410 € – (Seite 538) den Ansatz von 16.000 € um 30.000 € auf 46.000 € zu erhöhen,
- bei dem Konto 5216 0000 den Ansatz 2017 von 608.400 € um 20.000 € auf 628.400 € zu erhöhen.

Die Erhöhung des Ansatzes dient der Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung bzw. Verhinderung von widerrechtlichem LKW-Verkehr auf der Uerdinger Straße.

Die Verwaltung wird beauftragt beim Rhein-Kreis Neuss eine ortsfeste Überwachungseinrichtung zu beantragen und zu prüfen, wie mögliche ausweichende LKW-Verkehre über die Kreisstraße 9 (über die Rheingemeinden) verhindert werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Vor Einstieg in die Diskussion über die Anträge der CDU-Fraktion /Bündnis 90 Die Grünen und der SPD-Fraktion, berichtet Technischer Beigeordneter Assenmacher, dass die Verwaltung beim Rhein-Kreis Neuss beantragt habe, auf dem Abschnitt der Uerdinger Straße zwischen den Kreisverkehren Gonellastraße und der Robert-Bosch-Straße, ortsfeste Überwachungseinrichtungen aufzustellen und die wiederrechtlichen Durchfahrten von LKW zu ahnden.

Anmerkung der Schriftführerin: Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sowohl Ratsfrau Niegeloh als auch Ratsherr F.J. Jürgens erklären, dass die Ortsdurchfahrt Lank bzgl. des LKW-Verkehrs entlastet werden müsse. Ratsherr F.J. Jürgens regt an, dass die Verwaltung Vorschläge zu geeigneten Maßnahmen machen soll, die in Ergänzung zu der beantragten Überwachungsstation durchgeführt werden können.

Daraufhin wird der o.a. gemeinsame Antrag aller Fraktionen formuliert und der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 Die Grünen und der Antrag der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Beschlussantrag der Fraktion die Aktiven/Aktive Bürger Meerbusch vom 17.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 010 18 7853 0000 - Umrüstung von Lichtsignalanlagen - (Seite 539) den Ansatz von 35.000 € um 65.000 € auf 100.000 € zu erhöhen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Lichtsignalanlagen im Bereich Düsseldorfer Straße/Moerser Straße/Haus Meer neu zu planen und zu erneuern und technisch aufeinander abzustimmen.

Sachkundige Bürgerin Minten trägt den Antrag vor. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass für diese Lichtsignalanlage Straßen NRW zuständig sei. Die Verwaltung führe seit mehreren Jahren Gespräche, um eine 100-Sekunden-Welle und eine Abstimmung der einzelnen Lichtsignalanlagen zu erreichen. Straßen NRW habe dieses für 2017 zugesagt.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Beschlussantrag der Fraktion die Aktiven/Aktive Bürger Meerbusch vom 24.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem neuen Konto 7.120 010 xx - Umrüstung von Lichtsignalanlagen - (Seite 539) den Ansatz 2017 von 0 € auf 65.000 € zu erhöhen.

Der Ansatz ist für die Errichtung Ampelanlage Bereich Kanzlei / Necklenbroicher Straße_vorgesehen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Verwaltung bereits in Kontakt mit der Elterngruppe des Montessori-Kindergartens stehe. Diese habe keine Lichtsignalanlage, sondern eine Überquerungsmöglichkeit in Höhe des alten Sportplatzes zum Kindergarten und eine Geschwindigkeitsbeschränkung gefordert. Im Übrigen sei dieser Bereich trotz der schlechten Sichtverhältnisse nach Auskunft der Polizei kein Unfallschwerpunkt.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, den Bau zweier Personenaufzüge bei der Unterführung am Bahnhof Osterath durch die Bahn zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Sachkundige Bürgerin Minten führt aus, dass die langgezogenen Rampen für mobilitätseingeschränkte Personen beschwerlich seien, da sie große Umwege bedeuten. Aus diesem Grunde seien Personenaufzüge erforderlich.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Verwaltung im Rahmen der Planfeststellung Aufzüge gefordert habe, diese aber von Seiten der Bahn nicht vorgesehen seien. Ratsherr Meffert schlägt vor, die Bahn anzuregen, Aufzüge in Ihrer Planung zu berücksichtigen. Ratsfrau Niegeloh vertritt die Meinung, dass die Verwaltung Kontakt zu dem Behindertenbeauftragten oder ggfs. einem Gutachter aufnehmen solle, um die Gestaltungsmöglichkeiten zu ermitteln.

Der Antrag der Fraktion die Aktiven / Aktive Bürger Meerbusch vom 24.11.2016 wird zurückgezogen. Stattdessen wird einvernehmlich der o.a. Beschlussantrag formuliert.

Beschlussantrag der UWG Fraktion vom 24.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.110 012 36 7852 0000 - Erschließung Kamperweg (B-Plan 305) – (Seite 542) den Ansatz 2017 von 50.000 € auf 0, die VE 2017 von 400.000 € auf 0 €, die Finanzplanung 2018 von 400.000 € auf 0 € und die Finanzplanung 2020 von 300.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		3	
FDP			2
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	1	12	3

Der Antrag ist damit abgelehnt

Ratsherr Weyen trägt den Antrag der UWG Fraktion vor. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass der Regionalplan, der im 1. Quartal 2017 genehmigt werde, in diesem Bereich ein großes Wohnbaugebiet vorsehe und deshalb Haushaltsansätze für die Erschließung dieses Gebietes geplant worden seien.

Produkt 120.541.020 – Straßenbeleuchtung, Seiten 557 – 575**Beschlussantrag der UWG Fraktion vom 24.11.2016:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 022 16 7852 0000 - Erschließung Auf dem Kamp (B-Plan 281) – (Seite 560) die Finanzplanung 2018 von 30.000 € auf 0 € und die Finanzplanung 2019 von 90.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	12	0

Der Antrag ist damit abgelehnt

Ratsherr Weyen erklärt, dass dieser Antrag in Zusammenhang mit den beiden Anträgen der UWG zum B-Plan 281 im Produkt Stadtentwässerung zu sehen sei.

Produkt 120.545.010 – Straßenreinigung, Seiten 579-583

Zu diesem Produkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Produkt 120.546.010 – Parkraumbewirtschaftung, Seiten 587 – 590**Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, sämtliche Ansätze im Produkt Parkraumbewirtschaftung und das Produkt Parkraumbewirtschaftung zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	3	12	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig trägt den Antrag vor.

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5429 0000 – Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten – (Seite 587) den Ansatz von 25.000 € auf 0 € zu reduzieren und für die Finanzplanung 2018, 2019 und 2020 und spätere Jahre den Ansatz von jeweils 50.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Bei dem Konto 7.120 010 050 7831 0000– Erwerb von beweglichem Vermögen > 410 € - (Seite 588) wird der Ansatz von 100.000 € um 80.000 € auf 20.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsfrau Niegeloh erläutert, dass es ausreiche, zwei Kassenautomaten auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz aufzustellen und von der Vergabe der Bewirtschaftung an einen Dienstleister abzusehen.

Ratsherr F.J. Jürgens schließt sich dieser Meinung nicht an. Das Thema Parkraumbewirtschaftung werde seit 2014 diskutiert. Er sehe im Antrag der SPD-Fraktion einen Grundsatzantrag zur Parkraumbewirtschaftung. Die Verwaltung müsse jedoch zunächst beauftragt werden, ein Konzept zur Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz zu erstellen, bevor darüber entschieden werde, auf welche Art und Weise dieses geschehen solle. Anschließend sei eine zügige Umsetzung anzustreben. Ratsherr Banse vertritt die Auffassung, dass es an der Zeit sei, eine Entscheidung zu treffen. Sachkundiger Bürger Wagner hält es für sinnvoller, das Geld für wichtigere Dinge auszugeben. Ratsherr Gabernig hält eine Lösung mit Schranke für besser, da dann die Verweildauer nicht im Voraus festgelegt werden müsse. Dieses wirke sich positiv auf die Verweildauer aus. Ratsfrau Neukirchen ist der Meinung, dass zunächst nach der besten Lösung gesucht werden müsse. Bei Parkscheinautomaten sei eine Kontrolle der Parkscheine und die Entleerung der Automaten erforderlich. Das ziehe Kosten nach sich. Diese müsse man gegen die zu erwartenden Einnahmen rechnen.

Produkt 120.547.010 – ÖPNV, Seiten 593 – 598**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2016****Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 010 21 7853 0000 – Aufstellung von Wartehallen – (Seite 595) den Ansatz von 15.000 € um 15.000 € auf 30.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	14	3	0

Ratsfrau Neukirchen trägt den Antrag vor.

Ratsherr Weyen fragt, warum die im Antrag erwähnten Haltestellen nicht im Zuge des Förderprogrammes abgearbeitet wurden. Herr Tümmers erklärt, dass im Rahmen des Förderprogramms 55 Wartehallen erneuert wurden und nun jedes Jahr ein bis zwei weitere Wartehallen erneuert werden.

Produkt 130.555.010 – Wirtschaftswege, Seiten 623 – 628

Zu diesem Produkt erfolgen keine Wortmeldungen.

SB 11 - Servicebereich Baubetriebshof, Friedhöfe, Grünflächen

Produkt 010.111.080 – Serviceleistungen Baubetriebshof, Seiten 91 – 103

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5241 0000 – Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen – (Seite 91) den Ansatz von 851.500 € um 85.150 € auf 766.350 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	14	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig trägt den Antrag vor. Anschließend ruft der Vorsitzende zur Abstimmung auf.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5431 0000 – Geschäftsaufwendungen – (Seite 91) den Ansatz 2017 von 16.000 € um 10.000 € auf 6.000 € zu reduzieren und die Finanzplanungen 2018 bis 2020 von jeweils 16.000 € um 10.000 € auf 6.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			3
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	3	10	3

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Der Bau- und Unterveltausschuss beschließt, bei den Konten 7 010 050 02 7831 0000 – Erwerb von beweglichem Vermögen >410 € - und 7 010 050 02 7832 0000 - Erwerb von beweglichem Vermögen <410 € (Seite 93) die Ansätze von jeweils 5.000 € auf 0 € zu reduzieren und die Finanzplanungen 2018 bis 2020 von jeweils 5.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD			3
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen			
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			
Gesamt:	3	11	3

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig trägt die Anträge vor.

Ratsherr Meffert ist der Meinung, dass es bei der Umsetzung von Bürgeranregungen darum gehe, Bürgernähe zum Ausdruck zu bringen und deshalb der vorgesehene Ansatz bestehen bleiben solle.

Auf die Frage von Ratsfrau Niegeloh wieviel und wofür im laufenden Jahr Geld ausgegeben wurde, antwortet Herr Betsch, dass am Anfang jeden Jahres dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss eine Auflistung der Maßnahmen des Vorjahres vorgelegt werde. Im Jahr 2016 beliefen sich die bisherigen Ausgaben auf ca. 12.000 €.

Ratsherr Weyen sieht in der Erfüllung von Bürgeranregungen seitens der Verwaltung eine Unterwanderung der Eigeninitiative der Bürger. Nicht alles könne auf die Verwaltung abgewälzt werden.

Sachkundiger Bürger Wagner befürwortet die Maßnahmen zur Erfüllung von Bürgeranregungen und schlägt vor, diese Möglichkeit bekannter zu machen, damit die Bürger diese Möglichkeit wahrnehmen. Er sei sich sicher, dass die Verwaltung vor der Umsetzung prüfe, welche Anregungen dringend und sinnvoll sind.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 010 050 01 7831 000 – Anschaffung von beweglichem Vermögen >410 € - (Seite 93) den Ansatz von 90.500 € um 16. 000 € auf 74.500 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	3	13	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Betsch nimmt Stellung zu dem Antrag. Bei dem zu ersetzenden Fahrzeug handle es sich um ein altes Fahrzeug, so dass die Kosten für den Austausch der Kupplung zu hoch und damit unwirtschaftlich seien.

Herr Betsch erläutert, dass es zur Zeit auf dem Baubetriebshof ein kleines Schweißgerät gebe, mit dem Arbeiten wie z.B. die Reparatur eines Fußballtores viel zu lange dauern. Aus diesem Grunde solle ein größeres leistungstärkeres Gerät angeschafft werden.

Beschlussantrag der UWG-Fraktion vom 24.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 010 050 23 7831 000 – Anschaffung von beweglichem Vermögen >410 € - (Seite 93) die Finanzplanung 2018 von 200.000 € auf 0 € und die Finanzplanung 2019 von 315.000 € auf 0 € zu reduzieren.

Ratsherr Weyen trägt den Antrag vor.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass der Saug- und Spülwagen schon alt und ein Ersatz dringend geboten sei.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, eine neue Haushaltsstelle 7.010 051 xx 7831 0000 – Sportanlage Krähenacker – Tartanbahn - Erwerb von beweglichem Vermögen > 410 € - einzurichten und mit einem Ansatz von 5.000 € für Planungskosten zu versehen.

Anmerkung der Schriftführerin: Antrag wurde vom Ausschuss für Schule und Sport an den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Ratsfrau Niegeloh erklärt, dass die Sportanlage Krähenacker vor 2 Jahren im Rahmen des Sportentwicklungskonzeptes mit einem Kunstrasenplatz versehen wurde und schon damals die Einrichtung einer Tartanbahn thematisiert wurde.

Herr Betsch führt aus, dass der Bau einer Tartanbahn mindestens 400.000 € kosten würde. Vorher seien Prüfungen des Bodens nötig, deren Kosten ca. 5.000 € betragen würden. Dafür könne der beantragte Ansatz verwendet werden. Die Planung könne durch die Verwaltung erfolgen und würde keine zusätzlichen Kosten nach sich ziehen.

Ratsherr Jürgens fragt, warum der Bau der Tartanbahn so dringend sei. Man könne die Anregung im Rahmen des Sportentwicklungskonzeptes prüfen. Er weist darauf hin, dass Planungskosten in die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Sport gehören.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport fand am 22. November 2016 statt.

Der Bau- und Umweltausschuss verweist den Antrag an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 010 050 63 7831 000 – Anschaffungen für Sportplätze, Erwerb von beweglichem Vermögen >410 € - (Seite 94) den Ansatz von 19.000 € um 11.000 € auf 8.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		2	1
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	14	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig trägt den Antrag vor.

Über den Antrag wird ohne Aussprache abgestimmt.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Konto 7 010 051 06 7831 0000 – LKW 7,5 t SB11 Baubetriebshof, Erwerb von beweglichem Vermögen >410 € – (Seite 96) den von Ansatz 72.500 € um 60.000 € auf 12.500 € reduzieren

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	2	15	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Betsch berichtet, dass die Ausschussmitglieder jährlich zu einem Besichtigungstermin auf den Baubetriebshof eingeladen werden, um sich ein Bild vom Zustand der Fahrzeuge machen zu können. Er versichert, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, die Fahrzeuge so lange wie möglich in Betrieb zu halten. Dieses Fahrzeug diene dem Materialtransport. Es werde damit u.a. Heiasphalt aus den umliegenden Städten geholt. Problematisch sei es, dass das vorhandene Fahrzeug lediglich eine gelbe Umwelt-Plakette habe.

Gemeinsamer Beschlussantrag aller Fraktionen**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 051 07 7831 0000 – Kastenwagen FB 6 (Vermessung), Erwerb von beweglichem Vermögen >410 € – (Seite 96) den Ansatz von 55.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, der durch den Bau- und Umweltausschuss aufgehoben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Meffert schlgt vor, den Ansatz für die Beschaffung des Fahrzeuges nicht zu streichen, sondern mit einem Sperrvermerk zu versehen. Darauf hin wird der o.a. Antrag formuliert und beschlossen und der Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016 und der gemeinsame Beschlussantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2016 zurückgenommen.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.120 051 04 7853 0000 – Kinderspielplatz Rudolf-Lensing-Ring, Verlagerung – (Seite 96) den Ansatz von 25.000 € um 20.000 € auf 5.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	5	12	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig erläutert den Antrag.

Antrag der Fraktion Die Linken und Piraten vom 24.11.2016:**Beschluss:**

Der Bau- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Elektromobilitätskonzept zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Sachkundiger Bürger Wagner trägt den Antrag vor.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass es im Stadtgebiet derzeit eine öffentliche Elektrosäule am Dr. Franz-Schütz Platz gebe. Die wbm werde nach und nach in jedem Ortsteil eine Elektrosäule installieren. Im Technischen Dezernat stünden derzeit acht Elektrofahrräder für die Mitarbeiter zur Verfügung und es gebe bereits ein Kleinfahrzeug mit Elektromotor. Auch zukünftig werde bei Ersatzbeschaffungen darauf geachtet, Elektrofahrzeuge einzusetzen, soweit es sinnvoll ist.

Herr Betsch weist darauf hin, dass es im Haushalt 2017 bereits einen Ansatz von 25.500 € für die Anschaffung eines E-Mobils gebe. Die von Herrn Wagner erwähnte Prämie (Umweltbonus) für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen, gelte nicht für Kommunen.

Herr Wagner erklärt sich damit einverstanden, den Beschlussantrag wie o.a. zu ändern.

Produkt 130.551.010 – Unterhaltung von Grün- und Forstflächen, Seiten 605 – 611

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion
Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7.130 010 17 7853 0000 – Sanierung Brücke Latumer See – (Seite 607) den VE-Ansatz von 0 € auf 50.000 € zu erhöhen und die Finanzplanung 2018 von 0 € auf 50.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		1
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	12	3	1

Ratsherr F.J. Jürgens erläutert den Antrag. Er berichtet, dass derzeit von Studenten der Universität Duisburg Vorschläge für den Neubau der Brücke am Latumer See erarbeitet werden. Im Rahmen einer Präsentation sollen die Ergebnisse vorgetragen und dann entschieden werden, welcher Entwurf umgesetzt werden soll. Durch die Verpflichtungsermächtigung soll der Beginn der Baumaßnahme im Jahr 2017 ermöglicht werden.

Ratsfrau Niegeloh schließt sich dem an und zieht den Beschlussantrag der SPD-Fraktion vom 12.11.2016 zurück.

Sowohl Ratsherr Gabernig als auch Ratsherr Weyen sind der Meinung, dass ein Brückenneubau in Zeiten knapper Finanzmittel nicht angebracht sei.

Herr Betsch weist darauf hin, dass der Haushaltsansatz für 2016 in Höhe von 9.000 Euro für den Abriss der Brücke gestrichen wurde. Bei einem Neubau an gleicher Stelle sei es nötig, diesen Betrag erneut einzuplanen.

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 7 130 010 18 7853 000 - Neubau von Brücken – Sonstige Baumaßnahmen – (Seite 607) den Ansatz von 80.000 € um 66.500 € auf 13.500 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	4	13	

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig erläutert den Antrag.

Produkt 130.553.010 – Friedhofs- und Bestattungswesen, Seiten 615 - 620

Beschlussantrag der FDP-Fraktion vom 20.11.2016:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, bei dem Konto 5431.0000 - Geschäftsaufwendungen – (Seite 615) den Ansatz von 0 € auf 20.000 € zu erhöhen. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gutachten zur Zukunft der Meerbuscher Friedhöfe in Auftrag zu geben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	1	7	
SPD	2		
FDP	3		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	7	9	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsherr Gabernig trägt den Antrag vor.

Gesamtbeschluss über die Produkte des Bau- und Umweltausschusses:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2017 für alle der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	11	6	0

7 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

10 Termin der nächsten Sitzung 01. Februar 2017

11 Verschiedenes

11.1 Markierung von Parkplätzen auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz

Ratsfrau Pricken regt an, auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz die Parkplätze für das Carsharing-Fahrzeug und die Ladestation für Elektrofahrzeuge durch eine farbliche Markierung deutlicher zu kennzeichnen und verstärkt zu kontrollieren, ob diese Parkplätze widerrechtlich benutzt werden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass zunächst das Parkraumbewirtschaftungskonzept für den Dr.-Franz-Schütz Platz erstellt werden sollte und die Markierung der Parkplätze im Zuge der Umsetzung erfolgen könne.

11.2 Markierung von Radwegen

Sachkundiger Bürger Wagner berichtet darüber, dass sich die rote Farbe der Radwegmarkierungen in einigen Bereichen im Stadtgebiet ablöst.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass für das Auftragen neuer Farbe eine durchgängige Außentemperatur von 5°C erforderlich sei und aus diesem Grund momentan ein Ausbessern nicht möglich sei.

11.3 Carsharing

Ratsherr Gabernig erkundigt sich nach der Nutzung des Carsharings und bittet die Verwaltung darum, diesbezügliche Zahlen vorzulegen, um auf der Grundlage möglicherweise Überlegungen zur Ausdehnung des Carsharings anstellen zu können.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt zu, darüber in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 01. Februar 2017 zu berichten.

11.4 LKW-Verkehr auf dem Laacher Weg

Ratsherr Kaden fragt nach Regelungen bzgl. des LKW-Durchfahrverbotes auf dem Laacher Weg.

Technischer Beigeordneter Assenmacher antwortet, dass eine Verlängerung des LKW-Durchfahrverbotes vorgesehen sei. Derzeit ist die Durchfahrt von 22 – 6 Uhr verboten. Dieses soll verlängert werden bis 9 Uhr.

11.5 Dialog-Display auf dem Laacher Weg

Ratsherr Kaden ist der Meinung, dass das Dialog-Display auf dem Laacher Weg in zu großer Entfernung zum Kindergarten angebracht ist.

11.6 30er-Zone auf der Kanzlei

Ratsherr Kaden stellt die Frage, ob auf der Kanzlei in Höhe des Sportplatzes eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/Std. vorgesehen sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass es ein Gespräch mit der Elterninitiative des Montessori-Kindergartens gegeben habe. In Kürze werden in diesem Bereich Topo-Boxen angebracht, die die Geschwindigkeit der durchfahrenden Fahrzeuge misst und aufzeichnet. Nach der Auswertung werde entschieden, ob eine Zone 30 eingerichtet werde. Außerdem werde ein Schild angebracht, das auf den Kindergarten hinweist. Ein Parkierungsverbot in diesem Bereich könne dazu führen, dass die Fahrzeuge schneller fahren. Technischer Beigeordneter Assenmacher wird im Bau- und Umweltausschuss darüber berichten, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen.

11.7 Straßenreinigung im Bereich Ostara

Ratsherr Fischer bemängelt die Verschmutzung der öffentlichen Verkehrsflächen durch den Baustellenverkehr im Bereich Ostara. Die Firma Ten Brinke solle aufgefordert werden, die verschmutzten Bereiche umgehend zu reinigen.

Anmerkung der Verwaltung: Die Firma Ten Brinke ist bereits mehrmals aufgefordert worden, die Straßenreinigung vorzunehmen, zuletzt mit Schreiben vom 02.12.2016.

11.8 Bauzäune an der Löwenburg

Ratsfrau Pricken berichtet, dass vor der Villa Löwenburg noch immer Bauzäune stehen und dadurch die Parkplätze nicht genutzt werden können.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass im städtebaulichen Vertrag die Abnahme der Gesamtanlage festgelegt sei. Aus haftungsrechtlichen Gründen blieben die Bauzäune bis dahin stehen.

11.9 Bauruine an der Hochstraße

Sachkundiger Bürger Wagner berichtet über eine Bauruine an der Hochstraße in Osterath und erkundigt sich danach, wie das Bauvorhaben weitergehen solle.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass der Investor Insolvenz angemeldet habe. Der Verwaltung liegen keine Informationen über die Fortsetzung des Bauvorhabens vor. Da im Moment keine Gefahr für die Öffentlichkeit bestehe, müsse die Verwaltung nicht im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht tätig werden.

11.10 Verkehrssituation in Osterath

Ratsherr Banse berichtet über die Verkehrssituation in Osterath. Der Ortsteil sei getrennt durch die Bahnlinie, bei deren Übergängen es zu sehr langen Wartezeiten komme. Ratsherr Banse regt an, bei der Bahn nachzufragen, wie dieses Problem gelöst werden könnte.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Bahn aufgrund von verschärften Sicherheitsbestimmungen die Schrankenanlagen geändert habe. Die Signale für das Schließen der Schranken erfolgen nun früher, so dass diese länger geschlossen seien. Technischer Beigeordneter Assenmacher sieht keine Möglichkeit der Einflussnahme.

11.11 Bischofsmützen im Bereich Xantener Straße, Ecke Osterather Straße

Ratsherr Banse trägt vor, dass im Bereich Xantener Straße / Ecke Osterather Straße die Bischofsmützen durch Überfahren mutwillig zerstört werden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass für diesen Bereich Straßen NRW zuständig sei. Es bestehe eine Vereinbarung, dass die Verwaltung gegen eine Kostenerstattung höhere Bischofsmützen aufstellen werde. Es erfolge in diesem Zuge eine Verlagerung Richtung der Tankstelle.

11.12 Zustand der Fahrbahn auf der Meerbuscher Straße zwischen Osterath und Büderich

Ratsherr Hoppe berichtet darüber, dass an der Meerbuscher Straße zwischen Osterath und Büderich bei Regen die Fahrbahn an der Seite der K-Bahn unter Wasser stehe und fragt nach der Zuständigkeit.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass Straßen NRW zuständig sei.

11.13 Verunreinigung des Radweges an der Willicher Straße

Sachkundiger Bürger Behlen weist auf den stark verunreinigten Radweg an der Willicher Straße vom Kreisverkehr Richtung Ortskern hin und erkundigt sich nach dem Reinigungsrythmus.

Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine Beantwortung der Frage in der Niederschrift zu.

Anmerkung der Verwaltung: Die Radwege im Stadtgebiet werden regelmäßig alle 4 Wochen freitags gereinigt. Es ist bekannt, dass es im Herbst u.a. in diesem Bereich zu starken Verunreinigungen kommt. Aus diesem Grunde wurden zwei Sonderreinigungen am 04.11. und am 02.12. durchgeführt. Die Termine der regelmäßigen Reinigung waren am 18.11. und am 16.12.2016. Im Jahr 2017 sind die Reinigungstermine in der 2., 6., 10., 14. usw. Kalenderwoche.

Meerbusch, den 22. Dezember 2016

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in